

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Dossier

**Reaktion und Zukunftsperspektive der Bevölkerung während Covid-19
Pandemie**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Buchwalder, Mathias
Gsteiger, Christian
Magnin, Chloé

Bevorzugte Zitierweise

Buchwalder, Mathias; Gsteiger, Christian; Magnin, Chloé 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Reaktion und Zukunftsperspektive der Bevölkerung während Covid-19 Pandemie, 2020 - 2024*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 11.04.2025.

Inhaltsverzeichnis

Zukunftsprognosen 2020er-Jahre	1
Angst in der Bevölkerung vor Corona	2
Perspectives globales et solidarité	2
L'impact de la pandémie de Covid-19 sur le climat national	4
Débats dictature ou démocratie dans la crise	4
Le monde post-pandémie selon une étude de la Tribune de Genève	6
Rétrospective 2021 et perspectives 2022 dans la presse nationale	6
Jugendbarometer 2022	7
Crise et futur de la Suisse	7
Etude «Entre conflit et compromis » Pro Futuris	8

Abkürzungsverzeichnis

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
EU	Europäische Union
ETHL	Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne
ETHZ	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
gfs.bern	Forschungsinstitut gfs.bern

AVS	Assurance-vieillesse et survivants
UE	Union européenne
EPFL	École polytechnique fédérale de Lausanne
EPFZ	École polytechnique fédérale de Zürich
gfs.bern	Institut de recherche gfs.bern

Zukunftsprognosen 2020er-Jahre

Nationale Identität

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.03.2020
CHRISTIAN GSTEIGER

Für das 2020 angebrochene Jahrzehnt der **20er-Jahre** wurden in den Medien Anfangs Jahr verschiedene **Zukunftsprognosen** veröffentlicht, zudem wurde der Zeitpunkt genutzt, um auf das vergangene Jahrzehnt zurückzublicken. Thematisch dominierten bei den eher vage gehaltenen Vorhersagen der Klimawandel, geopolitische Einschätzungen und allerlei technologische Entwicklungen – und ein gewisser Optimismus. Keine Beachtung erhielt in diesen Prognosen anfänglich die Covid-19-Pandemie; deren Auswirkungen wurden erst im März in Betracht gezogen.

Sehr wahrscheinlich werde die mittlerweile nicht mehr ganz so neue Blockchain-Technologie an Bedeutung gewinnen, berichtete die Aargauer Zeitung. Nicht nur im Bereich der Kryptowährungen, die sich zunehmend etablierten, auch bei Datenbanken und allerlei anderen kryptografisch gesicherten Anwendungen könnte sich die Blockchain einen festen Platz sichern. Im Bereich der Finanzen vertraue man hierbei aber noch immer eher auf Banken. Ob dereinst mit der Blockchain ein Algorithmus als – grob gesagt – dezentralisierte Kontroll- und Verschlüsselungsinstanz fungieren und das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen könne, müsse sich aber erst noch zeigen.

Auch für den deutschen Trendforscher und Publizisten Matthias Horx war klar, dass in den 2020er-Jahren die Digitalisierung vorangetrieben werde: Als Jahrzehnt des digitalen Aufräumens und des sogenannten «Humanistischen Digitalismus» bezeichnete dieser die 2020er-Jahre in einem Interview mit der Aargauer Zeitung. Nachdem in den 2010er-Jahren diesbezüglich vieles schiefgelaufen sei, etwa durch die ungebremste Verbreitung von Fake-News und Hate-Speech, werde fortan die Digitalisierung vermehrt von «menschlicheren» Anwendungsmöglichkeiten geprägt sein, auch werde damit die unbegrenzte «Datensammelei» von Google und Co. bald ein Ende haben. Wie dieser neue Umgang aussehen könnte, veranschaulichte Werner Vogel, Technologiechef des Onlineriesen – und Datensammlers – Amazon, der die digitale Sprachassistentin «Alexa» vertreibt, im Januar am WorldWebForum in Zürich. Verbale Konversation, so Vogel, sei die natürlichste Art der Kommunikation. Dadurch, dass Sprachbefehle das heute noch vorherrschende Tippen vielerorts ersetzen werden, werde die Kommunikation mit Computern humaner gestaltet.

Ferner werde sich laut Horx der durch die Klimaerwärmung bedingte Handlungsdruck in allen Bereichen verstärken. Darauf werde man reagieren: Die Wirtschaft werde sich von den fossilen Brennstoffen wegbewegen und neue Treibstoffe oder sichere Varianten der Kernenergie werden an Bedeutung gewinnen, intelligente, dezentrale Stromnetze werden flächendeckend Strom erzeugen und der weltweite Fleischkonsum werde eher abnehmen. Geopolitisch, prognostizierte Horx, werde sich Europa mit seiner humanistischen Tradition behaupten und mit dem autoritären Staatskapitalismus Chinas, welches seine Einflussosphäre kontinuierlich expandiere, konkurrieren müssen.

Auch der Sonntags-Blick zitierte Horx¹ optimistische Einschätzungen: Trotz der weltweit vielen Konflikte und Vertriebenen oder den verheerenden Waldbränden in Brasilien und Australien sei es der Menschheit als Gesamtes nie besser gegangen, wenn auch durch omnipräsente Negativschlagzeilen oft das Gegenteil vermittelt würde. Denn Frauen in hohen Staatsämtern (Finnland, Neuseeland, Slowakei) und lebendige Protestbewegungen wie in Hongkong, Italien oder weltweit die Klimajugend seien durchaus positive Indikatoren für «gesellschaftliche Vitalität». Auch seien die angesprochenen technologischen Fortschritte ernstzunehmende Lösungen für die Klimakrise. Das Schlechte, resümierte Horx, werde natürlich fortbestehen. Doch das heisse stets auch, dass die Welt mit Lösungen darauf reagieren werde, weshalb man mit einer gewissen Zuversicht ins neue Jahrzehnt starten könne.

Im März dann hatte Horx abermals Gelegenheit, sich zu äussern, diesmal über den Umgang mit der Corona-Pandemie. Sein ernüchterndes Fazit war, dass nach Corona nichts mehr so sein werde, wie zuvor. Es gebe Momente, in denen die Zukunft die Richtung ändere, und der Ausbruch des Coronavirus sei so ein Moment gewesen. Viele seiner Einschätzungen für das angebrochene Jahrzehnt seien durch Corona in Frage gestellt worden: Vielleicht werde der Technik-Hype abflauen, vielleicht werde man sich mehr auf sich selbst und seine Mitmenschen besinnen und vielleicht werde man merken, dass die Welt sich zu schnell drehe. Kurzum: Die langfristigen Folgen der Pandemie müssten erst noch abgewartet werden.¹

Angst in der Bevölkerung vor Corona

Stimmung in der Bevölkerung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 17.04.2020
CHRISTIAN GSTEIGER

Einhergehend mit den getroffenen Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus habe sich vermehrt ein Gefühl der **Angst in der Bevölkerung** breit gemacht, wie die Presse im März zu Beginn der Covid-19-Krise berichtete. Das sei eigentlich paradox, hielt die Aargauer Zeitung fest: Obwohl das Herunterfahren des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens für sehr viel Sicherheit Sorge – die Massnahmen dienten ja direkt dem Schutz der Bevölkerung –, habe sich dadurch die Angst vor dem Virus verstärkt. Die Atemschutzmasken, die teilweise fast leergeräumten Regale in den Läden, das Social Distancing und die Tatsache, nicht arbeiten zu können, seien alles Umstände, welche für die Menschen ungewohnt und unangenehm seien und beinahe omnipräsent auf die Gefahr des Virus hinwiesen. Angstforscher prognostizierten laut der Zeitung daher, dass die Zahl der an einer Angststörung leidenden Menschen (etwa 15%) in der Schweiz durch die Krise ansteigen könnte. Die Zahl könne aber auch wieder sinken, sobald sich die Menschen an die ungewöhnlichen Umstände gewöhnt hätten.

Ein paar Wochen später tönnte es denn wieder etwas positiver: Die Schweizer Bevölkerung hatte bereits weniger Angst und mehr Vertrauen in die Regierung als noch vor der Krise, wie eine Online-Befragung des LINK-Instituts zeigte. In mehreren Befragungswellen wurden je zirka 1'200 Personen aus allen Altersgruppen und Regionen der Schweiz zu den Auswirkungen der Pandemie befragt. 81 Prozent der Befragten gaben dabei im April an, die vom Bundesrat getroffenen Notstandsmassnahmen für richtig zu halten. Auch die gesprochene finanzielle Unterstützung des Bundes schien der Angst die Stirn zu bieten: Obwohl ein Grossteil der Bevölkerung auch wirtschaftlich von den Massnahmen getroffen wurde, etwa durch Kurzarbeit oder gar durch Stellenverlust, gaben in der Umfrage nur noch 24 Prozent (Höchststand März: 32%) der Befragten in der Deutschschweiz an, persönlich negative finanzielle Folgen zu befürchten. Im Tessin waren es noch 36 Prozent (Höchststand März: 46%), in der Westschweiz noch 39 Prozent (Höchststand März: 42%). Die hohe Zustimmung und die zunehmende Zuversicht erklärten die Studienautoren damit, dass die Anzahl der täglichen Neuansteckungen seit Beginn des Lockdowns deutlich sank.

Und schliesslich, so meinte ein Psychiater gegenüber dem «Blick» optimistisch, sei nicht nur das Virus, sondern auch die Hoffnung ansteckend: Die Zwangspause tue vielen gut und viele Familien würden gestärkt aus der Krise hervorgehen. Auch würden viele Personen, die besonders unter der Krise litten, viel Solidarität erfahren.²

Perspectives globales et solidarité

Stimmung in der Bevölkerung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 01.01.2021
MATHIAS BUCHWALDER

Fin d'année rime traditionnellement dans la presse avec **bilan** des douze mois écoulés **et perspectives** des douze prochains. Avec son caractère hors du commun, **2020** n'a pas dérogé à cette règle. C'est dans cette optique que Le Temps a réuni pour une heure de discussion **Alain Berset** et Alexandre Jollien. Le conseiller fédéral et le philosophe ont échangé leurs réflexions sur la crise du Covid-19 et ses incertitudes. Si Alain Berset a souligné que «l'absence de certitudes est précisément ce qui caractérise le mieux une crise», Alexandre Jollien, qui a été confiné enfant et adolescent dans une institution pour personnes en situation de handicap, a rappelé que «certains n'ont pas eu besoin de cette crise pour se prendre l'imprévu dans la figure». Pour lui, les personnes malades ou en situation de handicap étaient déjà conscientes avant cela que «l'imprévu, le tragique de l'existence constituent un monde». Cependant, c'est collectivement que la société y a été confrontée avec la pandémie. Le retour de la collectivité a marqué Alain Berset: «Avec cette crise, l'individualisme martelé durant des décennies comme un idéal s'est effondré. Dès qu'une crise apparaît, le collectif s'impose.» Le conseiller fédéral fribourgeois a apprécié la solidarité entre des personnes qui ne se connaissaient pas, notamment lorsque la jeunesse proposait des services aux plus âgé.e.s, qui devaient éviter de sortir de chez eux au plus fort de la première vague, ainsi que la cohésion symbolisée par les applaudissements quotidiens adressés au personnel soignant. Il a cependant relevé que la deuxième vague a brisé cette union sacrée, provoquant un contrecoup compréhensible: «Après dix mois d'incertitudes, nous sommes toutes et tous épuisés.» Lui le premier, puisqu'il a avoué que cette crise, «le pire choc dans [sa] carrière politique», l'a porté «aux limites physique de ce que l'on peut supporter dans le travail». Répondant à Alexandre Jollien,

qui lui demandait comment il fait pour «ne pas être bouffé par les critiques», le conseiller fédéral a confié n'avoir que peu lu les médias ou passé de temps sur les réseaux sociaux, laissant son équipe jouer le rôle de «filtre» afin de se concentrer sur ses responsabilités. Il a également souligné que le Conseil fédéral avait «toujours eu la conviction d'avoir pris les bonnes décisions pour le pays».

Dans un entretien accordé au Temps, **Simonetta Sommaruga** a également défendu les décisions prises par le Conseil fédéral durant l'année. Tirant le bilan de son année de présidence, la conseillère fédérale a notamment relevé que les mesures prises en octobre, qui laissaient une grande marge de manœuvre aux cantons, ont été très appréciées sur le moment, bien qu'elles furent ensuite passablement critiquées. Elle concède cependant avoir sous-estimé le fait qu'il n'est pas facile de «trouver un chemin commun au sein des 26 gouvernements cantonaux». La pandémie constitue en ce sens un grand défi pour le fédéralisme, selon la bernoise. Soulignant l'importance d'être honnête et transparente, la ministre socialiste a avoué s'être parfois trompée, par exemple à propos du port du masque dans les transports publics, qui aurait probablement dû être rendu obligatoire plus tôt. A la question de savoir si le virus, qui a fortement touché la Suisse durant la seconde vague, a écorné l'image du pays à l'étranger, la présidente a rétorqué que l'image n'est pas primordiale. C'est la situation réelle qui est préoccupante, en particulier le nombre de décès. Elle a ainsi envoyé des pensées «aux personnes qui n'ont pas pu prendre congé de leurs proches dans des conditions dignes».

Simonetta Sommaruga est également revenue sur d'autres moments forts qui ont émaillé son année présidentielle. Si de nombreux voyages ont dû être annulés, elle a néanmoins pu se rendre en Ukraine fin juillet. Là-bas, elle s'est rendue sur la ligne de front du conflit avec le président Volodymyr Zelensky. Malgré les menaces et la peur, les deux dirigeants ne se sont pas laisser intimider. La présidente a ainsi confié avoir entendu Zelensky dire à un de ses gardes: «She is a strong lady» («Elle est une femme forte»). Le reste de son agenda diplomatique s'est majoritairement résumé à des visioconférences ou des appels téléphoniques. Elle a aussi été marquée par la mobilisation des jeunes pour le climat. L'occupation par des activistes de la place fédérale en septembre a permis de rappeler que la crise climatique n'a pas disparu avec l'arrivée de celle du Covid-19. L'occasion pour elle de souligner que le peuple votera en 2021 sur la loi sur le CO2. 2021 sera aussi l'année des 50 ans du droit de vote des femmes: la ministre avait 11 ans lors de son introduction en 1971. Elle a raconté se souvenir du moment où sa mère a pu voter pour la première fois, sans devoir se contenter de regarder son père le faire. Quand elle était encore ministre de la justice, elle s'est battue pour la loi sur l'égalité, entrée en vigueur en juillet 2020. Elle rappelle cependant que si sur le papier, l'égalité existe, il reste dans les faits de nombreux progrès à faire: «Durant la crise, ce sont beaucoup les femmes qui ont dû s'occuper des enfants, du ménage en plus de leur job.»

En 2021, c'est **Guy Parmelin** qui a succédé à Sommaruga à la présidence de la Confédération. Dans un entretien accordé à La Liberté, il a lui aussi mis en avant le rôle du Conseil fédéral, qui doit s'assurer de l'adhésion de la population aux mesures sanitaires. En ce sens, il est important pour lui que le gouvernement travaille en équipe, malgré les critiques émanant des partis envers certains conseillers fédéraux. S'il compte se rendre à l'étranger si cela est possible, le vaudois perçoit cependant sa présidence comme tournée vers l'intérieur du pays. De nombreux défis l'attendent, que ce soit au niveau de la gestion sanitaire de la crise, mais également sur le front des aides économiques aux entreprises. Le président aura également un rôle crucial à jouer sur le dossier de l'accord-cadre avec l'Union européenne. Si son parti combat cet accord, Guy Parmelin relève que le peuple suisse a dit clairement qu'il ne voulait pas abandonner la voie bilatérale lors de la votation sur l'initiative de limitation en septembre 2020.³

L'impact de la pandémie de Covid-19 sur le climat national

Stimmung in der Bevölkerung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 09.04.2021
MATHIAS BUCHWALDER

La pandémie de Covid-19, qui fait partie du quotidien de la population suisse depuis le début de l'année 2020, n'est pas sans conséquence sur la **santé mentale des citoyennes et citoyens**, et en particulier des jeunes. Une étude représentative de l'université de Zürich et de la haute école de la santé La Source – menée auprès de 1'627 jeunes adultes de 19 à 24 ans ainsi que 1'146 enfants et adolescent.e.s de 12 à 17 ans et leurs parents – a notamment mis en évidence qu'un tiers des adolescent.e.s et des enfants ont connu des problèmes psychiques durant la première vague. La modification, le report ou l'annulation de plans ou d'événements importants ainsi que le manque d'activités sociales sont les facteurs principaux du stress psychologique «considérable» auquel ils ont été soumis. Pour les adultes, l'anxiété provenait avant tout du manque de perspectives quant à la fin de la pandémie et des difficultés de réorganisation familiale et professionnelle liées au semi-confinement. Durant cette période, 54 pour cent des jeunes femmes et 38 pour cent des jeunes hommes ont confié avoir connu des symptômes dépressifs légers à sévères. Ces résultats ne diffèrent cependant pas considérablement d'une étude similaire menée deux ans auparavant, relève la directrice de l'étude, qui note même une diminution de la consommation à risque d'alcool. Cette diminution est plus marquée chez les femmes que chez les hommes.

Le sentiment de ras-le-bol d'une partie de la jeunesse face à la pandémie s'est fait ressentir au début du mois d'avril 2021 à travers des épisodes violents à Saint-Gall et à Sion, où des affrontements entre des groupes de jeunes gens et la police ont eu lieu. Ces débordements n'étonnaient pas la presse, qui saluait les efforts fournis par la population depuis plus d'un an. L'Aargauer Zeitung titrait ainsi «Die Epidemie der Müdigkeit» – l'épidémie de la fatigue – un article soulignant que certaines personnes étaient à bout de nerf. Après une première phase durant laquelle la population a pu apprécier certains bienfaits du semi-confinement, le journal argovien relevait que le besoin de retrouver la vie d'avant avait repris le dessus. En plus des événements de Sion et Saint-Gall, cela s'est traduit par de nombreuses **manifestations d'opposant.e.s aux mesures de lutte contre la pandémie**. Les villes d'Altdorf et de Liestal ont notamment connu des rassemblements de plusieurs milliers de personnes. Parmi celles-ci se trouvait un large éventail de revendications, allant des gens convaincus que le virus n'existait pas à celles et ceux qui souhaitaient simplement un allègement des mesures. Ces manifestations, se déroulant en grande majorité dans le déni des règles sanitaires, plaçaient les forces de police face à un dilemme: intervenir pour faire respecter les mesures risquait de provoquer des débordements. Dans la plupart des cas, la décision fut prise de ne pas intervenir, ce qui fit couler beaucoup d'encre dans la presse quant à la cohérence de l'action de l'État, qui ne semblait pas totalement en mesure de faire respecter les règles qu'il avait édictées.⁴

Débats dictature ou démocratie dans la crise

Stimmung in der Bevölkerung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 30.06.2021
MATHIAS BUCHWALDER

La crise du Covid-19 a fait irruption dans le quotidien des suisses et des suissesses au début de l'année 2020, plongeant le pays, mais aussi le reste du monde, dans une période inhabituelle d'incertitudes. Comme l'ont constaté les médias nationaux, cette crise s'est accompagnée d'une dégradation du climat politique et sociétal, en particulier avec les deuxième et troisième vagues à l'automne 2020 et au printemps 2021. Evoqué à maintes reprises par la presse, la **fracture** qui s'est développée **au sein de la population** s'est accentuée avec l'arrivée des vaccins, et avec eux des débats autour des certificats sanitaires, des conditions d'entrée dans les événements culturels et dans les restaurants ou encore de la gratuité des tests. Des manifestations ont eu lieu à divers endroits du pays pour protester contre les mesures sanitaires. Au niveau politique, la population a certes approuvé la loi Covid-19 en votation le 13 juin 2021. Cependant, le souverain se prononcera à nouveau le 28 novembre 2021 sur la deuxième mouture de cette loi, le comité référendaire n'ayant eu aucun mal à rassembler les signatures nécessaires à la tenue d'un autre référendum. Dans ce contexte, de nombreux et nombreuses opposants et opposantes ont dénoncé

les mesures sanitaires «imposées» par le Conseil fédéral, allant jusqu'à utiliser le terme de «**dictature**» pour qualifier la situation actuelle. L'UDC souhaitait faire office de porte-parole à cette partie de la population et plusieurs de ses représentantes et représentants se sont montrés très critique à l'encontre des autorités. Le conseiller national zurichois Roger Köppel n'a d'ailleurs pas hésité à exiger la démission de l'entier du collège fédéral. La virulence des élu.e.s agrarien.ne.s a poussé le président de la Confédération Guy Parmelin, issu du même parti, à mettre les points sur les i à la fin du mois de février, rappelant que la Suisse est loin d'être une dictature. Certain.e.s élu.e.s cantonaux.ales ont par ailleurs pris leurs distances avec la ligne du parti, à l'exemple du ministre de la santé argovien Jean-Pierre Gallati. Selon lui, Magdalena Martullo-Blocher (GR), qui fut l'une des premières à utiliser le terme «dictature», n'aurait pas pu utiliser ce terme «si nous vivions réellement dans une dictature». Le ministre de la santé de Bâle-Campagne Thomas Weber et ses homologues bernois et zurichois Pierre Alain Schnegg et Natalie Rickli, tous membres de l'UDC, ont également trouvé les propos de Martullo-Blocher exagérés.

Le co-président du PS Cédric Wermuth se montrait critique à l'égard du parti agrarien dans les colonnes de l'Aargauer Zeitung en mars 2021. Selon lui, la communication de l'UDC était le signe d'une radicalisation des propos et banalisait certaines formes de violence. Ainsi, cela enverrait un signal à une frange très à droite de la population, donnant l'impression qu'il est permis de sortir des règles du jeu démocratique, comme cela fut le cas au États-Unis en janvier 2021 avec l'attaque du capitol par des partisans du président non-réélu Donald Trump. Pour Cédric Wermuth, ce comportement de l'UDC est d'autant plus «grotesque» que le parti occupe la présidence du Conseil national avec Andreas Aebi et celle des États avec Alex Kuprecht, en plus de la présidence de la Confédération. Le chef de la fraction UDC au parlement Thomas Aeschi soutenait cependant les propos de ses camarades de parti, regrettant un problème de concentration des pouvoirs entre les mains de l'exécutif durant la pandémie; une situation rendue possible par la loi sur les épidémies, qui n'aurait jamais dû permettre cela selon lui.

La déchirure au sein de la population – ainsi décrite dans les médias – s'est également observée à travers les nombreuses théories alternatives quant à l'origine du virus ou aux effets des vaccins. Diverses **théories du complot** ont ainsi eu le vent en poupe, comme l'a montré une étude de l'université de Bâle, qui a recueilli via un questionnaire anonyme en ligne les réponses de plus de 1'600 personnes en Suisse et en Allemagne. Les résultats, publiés dans la revue «Psychological Medicine», ont révélé que 10 pour cent des personnes questionnées croyaient fermement à au moins une théorie complotiste. 20 pour cent d'entre elles croyaient plus ou moins à une théorie, alors que les 70 pour cent restant n'étaient pas crédules. L'étude précise que les théories doivent être considérées de manière différenciée. Lorsqu'il s'agissait de savoir si le virus est d'origine humaine, 28 pour cent des personnes interrogées étaient convaincues que oui. 38 pour cent étaient indécises et 35 pour cent pensaient que non. Quant à la version officielle de l'origine de virus, 27 pour cent des répondant.e.s se montraient très méfiant.e.s et doutaient de sa véracité. 35 pour cent y croyaient, alors que 38 pour cent restaient indécis.es face à cette question. Les avis très différents, parfois au sein d'une même famille, ont pu mener à de profonds désaccords et parfois à des conflits. Ce sujet a beaucoup intéressé la presse, qui y a consacré de nombreux articles.

Plusieurs organisations ont profité de cette occasion pour répandre diverses théories conspirationnistes. La Sonntagszeitung a consacré un article décryptant ce phénomène. L'une de ces théories, soutenue par le Parti nationaliste suisse, d'extrême-droite, imputait la propagation du coronavirus au financier juif George Soros, qui aurait possédé une usine à Wuhan, le premier lieu où le virus a été observé. D'après l'hebdomadaire, Soros est la cible fréquente des théoriciens du complot néonazis, qui lui reprochent notamment de soutenir financièrement les voyages des migrant.e.s en direction de l'Europe. Mais les théories complotistes ne sont pas l'apanage de l'extrême-droite. Dans certains milieux de gauche, la fermeture des frontières au printemps 2020 n'a pas été perçue comme une manière de freiner la progression du virus, mais plutôt comme un acte raciste qui visait à empêcher l'arrivée de réfugié.e.s et à «préserver la structure actuelle de la société», expliquait la Sonntagszeitung. Selon l'Aargauer Zeitung, d'autres théories ont foisonné sur les réseaux sociaux, alimentées par des mouvements qui n'ont pas confiance dans les autorités.⁵

Le monde post-pandémie selon une étude de la Tribune de Genève

Stimmung in der Bevölkerung

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 13.07.2021
MATHIAS BUCHWALDER

Le monde «post-pandémie» sera-t-il sensiblement différent d'avant? À travers un sondage conçu en partenariat avec l'université de Lausanne et l'EPFL, la Tribune de Genève et 24 Heures ont donné des pistes de réponses à cette interrogation. Première constatation, la douce illusion d'un monde meilleur que celui d'avant la pandémie ne survit pas aux résultats de l'étude. Au contraire, les auteurs et autrices du sondage identifient le Covid-19 comme un «amplificateur d'inégalités». Sans surprise, les personnes avec des bas revenus sont celles qui ont eu le plus recours à des aides financières ou alimentaires: 22 pour cent des foyers dont le revenu était inférieur à CHF 4'000, contre 12 pour cent dont le revenu se trouvait entre CHF 4'000 et CHF 6'000, 6 pour cent entre CHF 6'000 et CHF 10'000 et 3 pour cent au-dessus de CHF 10'000. La tendance à consommer local entrevue au début de la pandémie semble s'être rapidement essoufflée, avec seulement 3 pour cent des répondant.e.s ayant changé durablement leurs habitudes de consommation. Si 50 pour cent des sondé.e.s disent avoir diminué leur budget alloué aux transports, tous et toutes ne se sont pas tourné.e.s vers la mobilité douce. 27 pour cent d'entre elles.eux ont certes adopté le vélo ou la marche comme nouveau moyen de déplacement, mais 15 pour cent confessaient utiliser davantage la voiture, permettant plus de liberté, notamment en cas de nouveau confinement. Les participantes et participants à l'étude n'auraient pas l'intention de sortir plus qu'avant. Un effet de rattrapage a pu se faire sentir lors de la réouverture des restaurants et des bars, mais celui-ci ne sera pas durable, postule l'étude. Le sondage montre encore une augmentation des comportements à risque (consommation d'alcool et de tabac), particulièrement marquée chez les hommes. Si les auteurs et autrices de l'étude indiquent que leur échantillon n'est pas représentatif de l'ensemble de la population, leur étude permet néanmoins d'identifier les grandes lignes de l'évolution de la société après le chambardement provoqué par la crise du Covid-19.⁶

Rétrospective 2021 et perspectives 2022 dans la presse nationale

Politische Grundfragen

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 01.01.2022
MATHIAS BUCHWALDER

C'est une tradition, **chaque fin d'année voit fleurir dans la presse divers articles consacrés aux événements principaux des douze mois écoulés**, aux sujets brûlants qui nous occuperont encore pour les douze suivants, aux bilans de personnalités politiques sur leurs faits et gestes ou encore aux meilleures manières d'aborder la nouvelle cuvée. Pas de surprise au moment du passage de témoin entre 2021 et 2022: alors que le Temps a notamment proposé une chronique fataliste parlant d'un «pays en sursis», le Sonntags-Blick a proposé un remède aux mauvaises nouvelles, mettant en avant dix raisons de croire que le monde d'aujourd'hui n'a jamais été aussi beau. Par exemple, le nombre d'enfants n'ayant pas d'accès à l'éducation a diminué d'un tiers ces 20 dernières années, même si cela représente tout de même encore 250 millions d'enfants. Le journal hebdomadaire évoque également l'augmentation constante de l'espérance de vie depuis plus d'un siècle, avec la possibilité de vivre très bien, même lorsque l'on vieillit. Des études réalisées aux Etats-Unis et en Grande-Bretagne démontrent en effet que «plus nous vieillissons physiquement, mieux nous nous sentons dans notre tête». En vrac, les progrès de la médecine, la diminution de la violence (par rapport au Moyen-Âge), l'augmentation de la sécurité routière, ou l'apparition d'un vaccin contre la malaria sont autant de raisons de se montrer optimiste envers l'avenir, selon le journal alémanique. Un exercice de pensée positive vite tempéré par le Temps, dont le journaliste porte un regard bien moins enthousiaste sur l'actualité. Peignant les nombreux défis auxquels la Suisse et l'humanité font face, il souligne la nécessité d'un changement de paradigme pour sortir des modèles et idéologies du 20e siècle, dont l'échec est de plus en plus évident: urgence climatique, blocage des relations avec l'Union européenne (UE), mais aussi de dossiers fondamentaux comme les réformes de l'AVS, des assurances sociales et des assurances-maladies, sans parler de la crise du Covid-19, qui a mis en lumière les failles de la mondialisation et du système d'approvisionnement helvétique. Cette vision

pessimiste de l'avenir s'appuie, selon le journal romand, sur un sentiment de lassitude perçu dans la population. Bref, c'est le propre de chaque fin d'année de se questionner sur le passé, mais aussi sur le futur: 2021 n'a pas dérogé à la règle.⁷

Jugendbarometer 2022

Stimmung in der Bevölkerung

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 28.09.2022
MATHIAS BUCHWALDER

Une **jeunesse marquée par la crise et l'insécurité ambiante**: telle est l'image dépeinte par diverses études parues en 2022. Parmi celles-ci, le **baromètre de la jeunesse** du Credit Suisse indique que moins de la moitié des jeunes suisses et suisses se montrent confiants pour l'avenir. C'est la première fois que ce taux est aussi bas, alors que le baromètre est réalisé pour la dixième fois. La jeunesse suisse est plus pessimiste que ses homologues américaine, brésilienne et singapourienne. De manière étonnante, la guerre en Ukraine n'est en revanche pas un souci majeur pour la jeunesse suisse. La moitié des répondant.e.s est préoccupée par la guerre, alors que ce taux se situe entre 60 et 70 pour cent dans les trois autres pays concernés par l'étude, bien que ceux-ci soient géographiquement plus éloignés de l'Ukraine que la Suisse. Pour les jeunes suisses, les préoccupations principales sont l'avenir du système de retraites et le changement climatique. Les auteur.e.s de l'étude, de l'institut Gfs.bern, soulignent que la génération Z, dont les représentantes et représentants sont nés après 1995, a grandi dans un contexte différent de ses aînés. De la crise financière et économique autour de 2010, à la crise du Covid en 2020 et la guerre en Ukraine en 2022, en passant par la crise migratoire, la présidence de Donald Trump et l'anxiété liée au changement climatique, la génération Z n'a pas été épargnée. Par conséquent, la jeunesse actuelle se sentirait particulièrement stressée, concluent les auteur.e.s de plusieurs études.⁸

Crise et futur de la Suisse

Politische Grundfragen

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 30.06.2024
CHLOÉ MAGNIN

Au début de l'année **2024**, la presse a publié divers articles qui relatent l'**atmosphère nationale**. Ainsi, la Suisse serait **polarisée, pessimiste** et perdrait confiance en l'avenir. Premièrement, le sondage annuel de gfs.bern sur la confiance que la population suisse a en ses institutions a montré une tendance à la baisse de la confiance accordée aux entreprises. Et, comme le chercheur Michael Hermann le disait pour la NZZ du 13 février ; le «liberale Gemeinssinn der Schweiz hat an Kraft verloren», s'observant dans la volonté d'un **Etat social plus fort**. L'édition a souligné que les initiatives de la gauche auraient plus de chances en votation que par le passé. Ainsi, une série d'articles de presse a discuté de la relation de la population à l'Etat durant la campagne pour l'initiative instaurant une 13ème rente AVS. Tobias Straumann – Professeur d'histoire économique à l'université de Zurich – a souligné pour la NZZ du 11 janvier qu'il ne pensait pas que le «Staatsverständnis» de la Suisse ait fondamentalement changé, mais que le rapport des Suisses à l'Etat fonctionne par cycles. L'acceptation de l'initiative sur la 13ème rente AVS pourrait marquer un tournant. Pour la NZZ du 15 février, les questions de sécurité sociale sont des bons indicateurs de la **confiance** accordée à la société, comme elles se basent sur l'idée que ; quand on ne peut plus s'aider soi-même, l'Etat est là pour prendre le relais. Mais, l'opinion de la population peut très vite changer, notamment relativement à la conjoncture économique, selon Tobias Straumann.

Deuxièmement, en Suisse, les compromis ont la vie dure: «Die Polparteien haben gemerkt, dass man mit ein gängigen vermeintlichen Wahrheiten, auf denen man kompromisslos beharrt und die man gebetsmühlenartig wiederholt, Wahlen gewinnen kann» – NZZ 20 juin –, bloquant les réformes en discussion (AVS, UE, neutralité, énergie), d'après Kaspar Villiger dans le Tages Anzeiger du 3 janvier. Aussi, un article publié dans la NZZ du 27 janvier a souligné le danger que représente le militantisme, qu'il soit de gauche ou de droite. L'expert interviewé, Jérôme Endrass, a évoqué une partie du mouvement Woke, dans laquelle, une position différente n'est plus tolérée. Et, une vision radicale combinée avec du militantisme représente, selon lui, un danger ; comme l'idéologie justifie l'usage de la violence. Il a encore dit que les réseaux sociaux facilitent l'expansion de tels mouvements.

Troisièmement, les crises internationales comme l'(Ukraine-Russie, le Proche-Orient, le Covid-19 et l'inflation) affectent non seulement la société mais aussi les individus. Alors

que la NZZ du 15 mai écrit que la «plupart d'entre nous» ont la vie «recht gut im Griff» et que 58 pour cent des Suisses seraient plutôt, voire très satisfaits – deux tiers verraient positivement leur propre futur –, d'après le Hoffnungsbarometer de l'Université de Saint-Gall, 85 pour cent des interrogé.e.s voient les 20 ans à venir comme un chemin difficile, de crises et de problèmes pour le monde. De plus, deux personnes sur trois voient une péjoration de la qualité de vie se profiler en Suisse. Aussi, la nouvelle étude sur la sécurité de l'EPFZ montre que le **pessimisme** augmente en Suisse: 82 pour cent des interrogé.e.s voient le futur du monde plutôt ou très négativement. Et, le Happiness World Record a observé que les jeunes (15-24 ans) en Europe de l'Ouest et aux USA sont de plus en **plus malheureux**, particulièrement les femmes, qui dès 12 ans se montrent moins heureuses que leurs contemporains masculins.

Enfin, la visibilité des «Staatsverweiger» (négateurs d'État) a augmenté depuis la pandémie de Covid-19, bien qu'un lien de causalité ne puisse être établi. Toutefois, il n'y a pas de statistiques précises sur le nombre de personnes concernées en Suisse. Les estimations se situent entre 300 et 10'000, a précisé le Sonntagszeitung du 28 janvier.

En conclusion, la polarisation des partis est marquée en Suisse au début de l'année 2024 et, des inquiétudes sur la direction que prend la situation internationale ont été soulevées. Cependant, comme l'a spécifié Tobias Ballweg – psychologue et philosophe – dans le Tages Anzeiger du 27 mars, le pessimisme peut aider: il permet de garder pied dans la réalité.⁹

Etude «Entre conflit et compromis» Pro Futuris

Stimmung in der Bevölkerung

Une étude de **Pro Futuris** s'est intéressée aux thématiques qui **polarisent affectivement** la population suisse, ainsi qu'aux **compromis** qui sont envisagés par les électrices et les électeurs. L'étude parle ainsi de polarisation affective lorsque, suite à une question, «la réaction émotionnelle d'individus aux avis contraires diverge grandement».

Ainsi, les questions de l'immigration, du soutien à l'Ukraine et des mesures de lutte contre les pandémies sont celles qui polarisent le plus les opinions des Suissesses et des Suisses. Contrairement à la grande importance accordée aux thématiques de l'organisation de l'Etat social, de l'égalité des sexes et de la protection des minorités sexuelles ; la polarisation affective relative à ces sujets est la moins importante sur l'ensemble des thématiques prises en compte par l'étude. Les auteur.e.s notent que ceci est marquant notamment parce que près de 60 pour cent des personnes interrogées considèrent l'écart entre les riches et les pauvres comme le clivage principal de la Suisse. L'environnement et les relations avec l'UE sont, elles, des thématiques qui provoquent une réaction émotionnelle moyenne. La polarisation affective est la plus élevée au sein des corps électoraux de l'UDC et du PS. Les électrices et les électeurs de l'UDC sont les moins enclins à faire des compromis, tandis que celles et ceux des Vert-e-s y sont le plus prêts. Selon l'étude, l'égalité des sexes est la thématique pour laquelle les Suissesses et les Suisses sont le plus disposés à faire des compromis. Aussi, une plus haute polarisation affective s'accompagne d'une perception de sa capacité à faire des compromis plus faible.

Pour les chercheuses et les chercheurs, il était important de noter que la société a été ébranlée par la pandémie de Covid-19 et l'invasion russe de l'Ukraine. Ces nouveaux défis politiques ont remis au centre des débats les questions de liberté individuelle ainsi que du pouvoir de l'Etat à l'intérieur et à l'extérieur des frontières. L'âge des personnes interrogées est aussi un facteur polarisant. En effet, l'étude a souligné que plus la personne est âgée, plus elle est «susceptible d'être polarisée sur le plan affectif» et que les jeunes seraient plus facilement prêts à faire des compromis. Aussi, la même observation a été notée concernant l'intérêt politique d'une personne. Plus une personne est active et intéressée en politique, plus elle aurait tendance à être polarisée affectivement. Les personnes s'engageant bénévolement seraient moins enclines à réagir émotionnellement à une position politique opposée. Les chercheuses et les chercheurs avancent deux explications pour ceci. Soit l'exposition à divers avis politiques durant l'engagement bénévole pourrait diminuer la polarisation, soit le bénévolat attire les personnes qui, de base, sont moins enclines à ce type de réactions.

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 01.12.2024
CHLOÉ MAGNIN

Finalement, cette étude a été réalisée alors que l'atmosphère politique se «durcit» et que les compromis sont plus durs à trouver. Ce point est particulièrement notable, considérant que le système suisse se base sur la capacité des acteurs à trouver des compromis.¹⁰

1) AZ, 4.1.20; So-Bli, SoZ, 5.1.20; AZ, 6.1., 11.1., 17.2., 28.3.20

2) LINK Institut (2020). Online-Befragung zu Corona-Massnahmen; AZ, 20.3.20; Blick, 23.3.20; AZ, 18.4.20

3) LT, 21.12., 24.12.20; Lib, 12.1.21

4) Blick, 4.12.20; NZZ, 15.1.21; AZ, 30.1.21; Lib, 8.2.21; AZ, 19.2.21; LT, 16.3.21; AZ, 23.3.21; Lib, 9.4.21; So-Bli, SoZ, 11.4.21; AZ, 1.5.21; Lib, 4.5.21

5) SoZ, 5.4.20; NZZ, 3.2.21; AZ, 27.2.21; NZZ, 2.3.21; AZ, 3.3., 11.3., 13.3.21; NZZ, 17.3., 20.3.21; CdT, 24.3.21; AZ, 29.3., 8.4.21; NZZ, 10.4.21

6) TG, 13.7.21

7) So-Bli, 14.11.21; LT, 11.12.21; NZZ, 30.12.21; Lib, 31.12.21

8) Lib, 1.9., 2.9.22; NZZ, 28.9.22

9) TA, 3.1., 4.1.24; NZZ, 11.1.24; Bund, TA, 17.1.24; NZZ, 27.1.24; SoZ, 28.1.24; NZZ, 10.2.24; NZZ, 13.2., 15.2.24; TA, 25.3., 27.3.24; NZZ, 30.3.24; NZZS, 31.3.24; NZZ, 15.5., 17.5., 27.5., 20.6.24

10) Etude Pro Futuris, Entre conflit et compromis, 1.12.24 (long format); Etude Pro Futuris, Entre conflit et compromis, 1.12.24 (résumé)